

Quelle: <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article238174327/Thueringer-Wirtschaft-lehnt-neue-Vaeter-Auszeit-ab.html>

TA vom 19.04.2023

von Elena Rauch

Streit um neue Väter-Auszeit

Nicht nur die Thüringer Wirtschaft lehnt die Pläne für einen Sonderurlaub nach der Geburt ab. Politiker von Rot-Rot-Grün verteidigen das Gesetz.

Erfurt. Zehn bezahlte freie Tage sollen künftig Partner und Partnerinnen der Mutter nach der Geburt eines Kindes erhalten: So sieht es ein Gesetzentwurf des Bundesfamilienministeriums vor. Alleinerziehende sollen eine nahestehende Person für die neue Auszeit benennen können, die laut Entwurf nicht vom Arbeitgeber direkt finanziert wird, sondern über die Umlageverfahren. Doch das Vorhaben stößt auf gemischte Reaktionen.

„Nächster Schlag gegen Unternehmen“: Unter dieser Überschrift meldet sich die Industrie – und Handelskammer (IHK) Südthüringen zu Wort. Es sei unverständlich, warum diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe von den Unternehmen gestemmt werden soll, kritisiert Hauptgeschäftsführer Ralf Pieterwas.

Die Abgaben der Unternehmen für die Umlagen würden wachsen und die zusätzliche Belastung durch den Arbeitsausfall werde im Entwurf nicht einmal thematisiert. Die Aussagen seien ein Schlag ins Gesicht aller Familien im Freistaat kontert die wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag, Diana Lehmann. Eltern würde der Wunsch nach gleichberechtigter Arbeitsaufteilung abgesprochen.

Bei der IHK Erfurt indes bewertet man den Gesetzentwurf nicht anders. „Zehn Tage Sonderurlaub schränken nicht nur die Produktivität von Unternehmen ein, sondern verschärfen zusätzlich die angespannte Arbeitskräftesituation“, warnt Hauptgeschäftsführerin Cornelia Haase-Lerch. Auch beim Thüringer Wirtschaftsverband verweist man darauf, dass vor allem kleine und mittelständische Unternehmen die Ausfälle personell kaum abfedern könnten.

Wenn Unternehmensverbände nicht einmal bereit seien, zwei Wochen Freistellung nach der Geburt des Kindes zu ermöglichen, zeuge das von einem anachronistischen Verständnis von Arbeitgeberschaft, kommentiert Grünen-Landessprecherin Anne-Sophie Bohm die Kritik. Die familienpolitische Sprecherin der Linken, Cordula Eger, spricht von einer Verhöhnung der Bedürfnisse von Familien.

Scharfe Worte, doch Kritik kommt auch vom Verband kinderreicher Familien, der von einem Irrweg spricht. Unterstützung für Familien müssten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt werden. Dafür müssten auch finanzielle Prioritäten im Bundeshaushalt gesetzt werden, dem weiche die Politik mit dem Entwurf aus, bemerkt die Geschäftsführerin Katrin Konrad. Die Skepsis der Wirtschaft sei nachvollziehbar. Weiterer Einwand: Sonderurlaub für die Geburt eines Kindes sei bereits im BGB geregelt, dort wäre auch die neue Auszeit gut angesiedelt – wenn begründet werden könne, so Katrin Konrad, warum Geburt gegenüber anderen Ereignissen wie etwa einem Todesfall privilegiert werden. Ein eigenes Gesetz umgehe das und schaffe neue Bürokratie.

Kritisch sieht der Verband vor allem, das der Gesetzentwurf nur Familien begünstige, in denen ein Partner angestellt ist. Wenn es um mehr Unterstützung für Mütter nach der Geburt gehe, müssten auch alle Mütter Anspruch nehmen können, unabhängig vom Familienstand und einem Arbeitsverhältnis des Partners, fordert Katrin Konrad. Eine finanzielle Hilfe für alle Mütter würde Familien entlasten, die Unterstützung nach ihren Bedarfen und Familienmodellen zu gestalten.